



DGB

GUTE ARBEIT! UND GUTES LEBEN!

Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt

Wahlprogramme der Parteien im Überblick

... im Vergleich mit gewerkschaftlichen Forderungen an die Landespolitik



Vorbemerkung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Leserinnen und Leser!

Die vorliegende Synopse ist im Vorfeld der Wahlen zum Landtag von Sachsen-Anhalt 2016 entstanden. Wir haben damit die Programme der zuletzt im Landtag vertretenen Parteien mit den landespolitischen Forderungen der DGB-Gewerkschaften verglichen. Wenn wir, wie hier geschehen, entsprechende Textpassagen der einzelnen Parteien unseren Forderungen gegenüberstellen, muss daraus keine auch nur indirekte Wahlempfehlung der Gewerkschaften abgeleitet werden. Wir bleiben parteipolitisch neutral und unabhängig, möchten aber die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unseres Bundeslandes in den Fokus der politischen Diskussion rücken. Unsere Synopse enthält sich weiterer Kommentierungen, wir erinnern aber daran, dass mit Wahlprogrammen um die Wählergunst geworben wird. Wahlprogramme sind auch politische Werbekonzepte. Wer also Programmpunkte findet, mit denen eine Partei über den eigenen Schatten ihrer üblichen Praxis springt, mag darauf reagieren, wie es Neigung und Verstand zu-

lassen: Auch Parteien sind lern- und erneuerungsfähig. Skeptiker glauben eher an bald vergessene Wahlversprechen.

Wie auch immer: Beteiligen Sie sich an der Diskussion! Gehen Sie wählen! Und mischen Sie sich selbst auch nach der Wahl weiterhin politisch ein – in Vereinen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften.

Auch gewählte Politiker brauchen kritische Aufmerksamkeit. Das Eigene gelingt am besten gemeinsam mit anderen.

Für die Erstellung dieser Synopse danke ich Guido Skirlo und den Kolleginnen und Kollegen in den DGB-Gewerkschaften.

Udo Gebhardt

Forderung DGB	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen
	beschlossen am 5.12.2015	beschlossen am 10.10.2015	beschlossen am 17.10.2015	beschlossen am 26.9.2015
<p>Integration von Geflüchteten aus Krisengebieten</p> <p>1. Das Land Sachsen-Anhalt muss Geflüchtete aus humanitären Gründen und mit dem Ziel positiver Effekte für unsere Gesellschaft integrieren.</p> <p>Als Gewerkschaften orientieren wir auf die Integration in Ausbildung und Arbeit. Wir fordern von der zu wählenden Landesregierung, dafür die Einhaltung der folgenden Grundsätze durchzusetzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - gleicher Lohn für gleiche Arbeit, es gelten Tarife und gesetzlicher Mindestlohn. - Vermeidung von Schmalspurausbildung - gleichberechtigter Zugang zu den arbeitsmarktpolitischen Fördermöglichkeiten, z.B. ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) und assistierte Ausbildung - Bleiberecht für die Ausbildungszeiten und danach - schneller Zugang zu Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt. 	<p>Zuwanderung nach eigenen Bedürfnissen steuern und begrenzen; Integration fördern und fordern; Durchsetzung der Ausreisepflicht von Menschen ohne Flucht- und Asylgrund; gezielte Willkommenskultur für gesuchte Fachkräfte; bedarfsgerechte Steuerung der Zuwanderung, Verbesserung der Maßnahmen der Integration und des Zugangs zum Arbeitsmarkt (S. 22f.) berufliche Integration mit Förder-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammen (S. 24) Erweiterung des Personenkreises für die Eingliederungshilfe unter gleichzeitiger Aufstockung des Eingliederungstitels bei der Agentur für Arbeit (S. 23)</p>	<p>auf Landesebene alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Menschen ein Bleiberecht geben zu können und ihre Lebensbedingungen in Sachsen-Anhalt zu verbessern (S. 38)</p> <p>Sprache, Bildung und Arbeit zentrale Bausteine der Integration (S. 3)</p> <p>Sachsen-Anhalt als Einwanderungsland, Entwicklung eines Aufnahme- und Integrationskonzepts (S. 37)</p> <p>für Flüchtlinge Zugang zu Hochschulen unabhängig vom Aufenthaltsstatus (S. 30)</p>	<p>Zuwanderung zur Bewältigung des demografischen Wandels (S. 24)</p> <p>von Anfang an Zugang zum Erwerb der deutschen Sprache, zu Qualifizierungsangeboten und zum Arbeitsmarkt (S. 39)</p> <p>gleichberechtigter Zugang zur frühkindlichen und schulischen Bildung sowie zur beruflichen Qualifizierung für Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge; für Jugendliche sicheren Aufenthalt für die Zeit der Ausbildung und den Berufseinstieg (sog. 3-2-Modell) (S. 40)</p>	<p>Gewährung von Schutz und Zuflucht ist Menschenrecht und Gebot der Humanität (S. 26)</p> <p>keine Unterteilung in gute und schlechte Zuwanderer; Migration als Chance (S. 25)</p> <p>Möglichkeit der Erwerbstätigkeit vom ersten Tag an (S. 25)</p> <p>leichtere und schnellere Anerkennung ausländischer Studien- und Berufsabschlüsse (S. 28)</p>

DGB	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen
<p>Gute Arbeit 2. Die Vergabe öffentlicher Aufträge muss an die Zahlung von Tariflöhnen gebunden sein. Darum braucht Sachsen-Anhalt ein wirksames Tariftreuegesetz, das Lohn- und Sozialdumping verhindert.</p> <p>Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen muss befördert werden. Dies gilt insbesondere für den Pflegebereich.</p>	<p>[keine Aussage]</p> <p>Leitbild für „gute Arbeit“ ist auch zukünftig die sozialversicherungspflichtige, unbefristete und auf Basis eines Tarifvertrags entlohnte Beschäftigung. (S. 12) für sozialversicherungspflichtige, unbefristete und möglichst auf Basis eines Tarifvertrags entlohnte Beschäftigung (S. 12, 13) Das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit bleibt Grundlage unserer Arbeitsmarktpolitik. (S. 12)</p>	<p>Kopplung der Vergabe öffentlicher Aufträge an die Tariftreue in den Unternehmen und eine Lohnuntergrenze von 10 Euro pro Arbeitsstunde (S. 19) Einführung eines Verbandsklagerechts für Gewerkschaften (S. 17)</p>	<p>Für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen haben wir in Sachsen-Anhalt ein Vergabegesetz in Kraft gesetzt, das die Umsetzung tariflicher und sozialer Kriterien zur Voraussetzung für die Auftragsvergabe macht. Wir werden dafür auch bei der zukünftigen Vergabe von Fördermitteln Anreize setzen. (S. 5)</p> <p>für mehr verbindlich abgeschlossene Tarifverträge (S. 5) stärkere Kontrolle sozialer und tariflicher Standards nach dem Landesvergabegesetz sowie die Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns (S. 6)</p>	<p>Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Unternehmen, die nachweislich Tariflöhne bezahlen, Einführung sozialer und ökologischer Vergabekriterien, Unterstützung aller europarechtlichen Bestrebungen, in Zukunft auch die örtliche Tarifbindung von Vergabegesetzen zu ermöglichen (S. 53)</p>

DGB	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen
<p>3. Öffentliche Wirtschaftsförderung setzt voraus, dass Tarifverträge, Leiharbeitsquoten von höchstens 10 Prozent und soziale Mindeststandards angewandt werden.</p>	<p>regionale, wissenschaftsnahe Wirtschaftsförderung (S. 7, 15, 52) Erhalt der Leiharbeit (S. 13)</p>	<p>Umgestaltung der Förderung der Wirtschaft mit öffentlichen Geldern, Orientierung an fairer, leistungsgerechter Bezahlung, Schaffung von unbefristeten Vollzeit Arbeitsplätzen – vor allem in der Forschung und Entwicklung im Unternehmen – oder der Frage nach der Gewährung des Rechts von Arbeitnehmern, sich einen Betriebsrat zu wählen (S. 16) für sozial gerechte Regulierung von Leiharbeit, für Novellierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes sowie des Betriebsverfassungsgesetzes und für die Einführung eines Gesetzes zur Verhinderung des Missbrauchs von Werkverträgen (S. 19)</p>	<p>stärkere regionale Wirtschaftsförderung (S. 8) besondere Gewichtung auf Einhaltung von Tarifverträgen; ohne Tarifvertrag keinen Höchstfördersatz (S. 6) keine Berücksichtigung von Geschäftsmodellen mit hoher Leiharbeitsquote oder großer Anzahl von Mini-Jobs (S. 6)</p>	<p>Immer dort, wo Landesmittel fließen, muss tarifgemäß und fair bezahlt werden. (S. 61) [Bezieht sich im Wahlprogramm auf den kulturellen Bereich. Lässt sich aber sicher verallgemeinern.] neue und transparente Förderpolitik (S. 37) andere inhaltliche Schwerpunkte bei Förderpolitik (S. 33f.) Im Kapitel 6: Wirtschaftspolitik (S. 33ff.) keine direkte Erwähnung von Arbeitnehmerinteressen.</p>
<p>Im Rahmen der Vergabe öffentlicher Wirtschaftsförderung wollen wir eine Anhörung von Gewerkschaften und zuständigem Arbeitgeberverband. Die Umsetzung muss einer stärkeren Kontrolle unterliegen.</p>	<p>[keine Aussage]</p>	<p>[keine Aussagen zur Kontrolle des Wirtschaftsförderungsprozesses] Wirtschaftsförderung ohne Skandale (S. 16)</p>	<p>stärkere Kontrolle der Einhaltung sozialer und tariflicher Standards nach dem Landesvergabegesetz sowie der Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns (S. 6)</p>	<p>[keine Aussage] Bezug zu Fördermittelvergabeskandal: Reformbedarf bei der Fördermittelvergabe. Die Schaffung von mehr Transparenz und Kontrolle bei gleichzeitiger Entbürokratisierung ist unser Ziel. (S. 37)</p>

DGB	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen
4. Bei finanzieller Förderung von Projekten durch das Land müssen Tariferhöhungen sowie Stufensteigerung innerhalb der Entgeltgruppe berücksichtigt werden.	[keine Aussage]	[keine Aussage]	[keine Aussage]	[keine Aussage]

DGB	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen
<p>5. Langzeitarbeitslose sollen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dazu existierende Modellprojekte müssen ausgebaut und in eine Regelförderung überführt werden. Der Fokus liegt auf der Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Ist dies nicht möglich, ist ein öffentlich geförderter Sektor mit guten Arbeitsbedingungen notwendig. Hierzu braucht es einen intensiven Dialog zwischen Land, Agentur für Arbeit, Arbeitgebern und Gewerkschaften. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus anderen Ländern brauchen verständliche Informationen und kompetente Beratung, um sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt orientieren zu können. Deshalb fordern wir die Implementierung landesweiter, vom Land finanzierter, Beratungsstellen für mobile Beschäftigte und für Geflüchtete.</p>	<p>Wiedereingliederung von langzeitarbeitslosen Menschen, Erkennen und Fördern individueller Talente (S. 13)</p> <p>[keine Aussage]</p>	<p>Projekt »Gemeinwohlarbeit« für Langzeitarbeitslose - tariflich oder ortsüblich entlohnt (S. 20)</p> <p>Bündelung der Beratungs- und Unterstützungsangebote für Migranten (S. 38)</p>	<p>Für Menschen, die aus den verschiedensten Gründen keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, brauchen wir einen sozial- und gemeinwohlorientierten Arbeitsmarkt. (S. 7)</p> <p>Schaffung einer mobilen Beratungsstelle für Zuwanderer (S. 25)</p>	<p>Ziel, Arbeitssuchende erfolgreich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. (S. 53) Nicht alle Menschen können auf dem ersten Arbeitsmarkt Arbeit finden, darum halten wir die Einführung eines sozialen Arbeitsmarktes für notwendig. (S. 53)</p> <p>spezifische Informations- und Beratungsangebote für Migrantinnen und Migranten bei den Verbraucherzentralen (S. 59)</p>

DGB	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen
<p>Bildung 6. Ziel moderner Bildungspolitik muss die soziale Chancengleichheit sein. Dieser Grundsatz soll die Praxis aller Bildungseinrichtungen bestimmen.</p> <p>Bildung ist eine öffentliche Aufgabe. Alle Formen individueller Kostenbeteiligung (u.a. Kita-Gebühren und Lernmittelkosten) lehnen wir ab. Die Betreuungsrela-tionen in Krippen und Kita müssen verbessert werden. Erziehern und Erzieherinnen ist mehr Zeit für Bildungsarbeit zu gewährleisten. Sachsen-Anhalt braucht Schulen, die fördern statt aussortieren. Wir fordern längeres gemeinsames Lernen für alle. Die Ausstattung mit Lehrkräften, pädagogischem Personal sowie Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen muss deutlich verbessert werden. Nur so können die Unterrichtsversorgung gesichert, Ganztagschulen bedarfs-gerecht ausgebaut und Inklusion in allen Bereichen umgesetzt werden. Während der Berufsausbildung soll die Beschulung möglichst nah am Wohn- und Ausbildungsort realisiert werden. Fahrkosten zu Ausbildungsbetrieb und Berufsschule müssen bezahlbar sein. Die Einführung eines „Azubitickets“ ist zu prüfen. Im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf muss die direkte Vermittlung in die Ausbildung Priorität haben. Voraussetzung für gute Ausbildung ist eine verbindliche Berufs- und Studienorientierung in allen Schulformen.</p>	<p>Bildungsqualität und Leistungsgerechtigkeit sind Maßstäbe unserer Bildungspolitik. (S. 17)</p> <p>ausreichendes Platzangebot in Kindertagesbetreuung (S. 43) beitragsfreies letztes Kita-Jahr (S. 46)</p> <p>gegliedertes Schulsystem (S. 17f.) verlässliche Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft (S. 18) mindestens 600 neue Lehrkräfte je Schuljahr, Seiteneinsteiger als Lehrkräfte (S. 18f.)</p> <p>Inklusion mit Augenmaß – Erhalt der Förderschulen (S. 19), schrittweise Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft (S. 46)</p> <p>in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit Erarbeitung von Konzepten, die einer Verbesserung der Berufs- und Studienorientierung und dem Übergang von der Schule in den Beruf gerecht werden (S. 20) Berufsfrühorientierung, auch in der gymnasialen Oberstufe (S. 20)</p>	<p>Zugang zu Bildung entscheidender Schlüssel für Chancengleichheit, für ein selbstbestimmtes Leben; Bildungspolitik ist inklusiv, demokratisch und selbstbestimmt (S. 26)</p> <p>Eltern sollen nicht unangemessen hoch an den Kinderbetreuungskosten beteiligt werden (S. 13) Qualifizierungsoffensive für Pädagoginnen in den Kitas, tarifgerechte Bezahlung der Erzieherinnen (S. 26f.)</p> <p>Gemeinschaftsschulen mit allen Bildungsangeboten, statt frühzei-tiger Auslese; Entscheidung über den gewählten Bildungsweg so lange wie möglich offen (S. 27f.) ausreichende, flexibel einsetzbare und präventive Versorgung mit Personal an den Schulen unabhän-gig von der Statusdiagnostik der Kinder (S. 27), mindestens 14.300 Vollzeitstellen im aktiven Schuldienst (S. 28)</p> <p>Qualität beruflicher Ausbildung er-höhen: gute Ausbildung, gute Ar-beits- und Lernbedingungen sowie angemessene Vergütung (S. 29) ganzjährig geltendes Azubiticket (S. 25)</p> <p>Verbesserung der Vorbereitung der Jugendlichen auf eine berufliche Qualifikation durch Förderung von praxis-, problem- und kompetenzorientiertem Lernen an den allgemeinbildenden Schulen (S. 29)</p>	<p>gleiche Chancen für alle Menschen unabhängig von sozialer Situation (S. 17)</p> <p>Kitas: Eltern sollen nicht unangemessen hoch an den Kosten beteiligt werden (S. 17)</p> <p>Weiterentwicklung der Schulform Gemeinschaftsschule, Inklusion, Förderschulen als Ergänzung, Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft (S. 18f.) festes Budget von Stellen und Personalmitteln, fester Rahmen für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie Beratungs- und Förderlehrkräfte in allen Schulformen (S. 18) möglichst viel wohnortnahe Berufsausbildung (S. 19); Stärkung des Systems der dualen Berufsausbildung; Einführung eines landesweit gültigen Azubitickets (S. 6)</p> <p>Berufsorientierung für alle Schularten (S. 6, 19, 23) Aufbau einer Jugendberufsagentur (S. 19)</p>	<p>mehr Gerechtigkeit und höhere Qualität (S. 18)</p> <p>Deckelung und Staffelung der Kita-Gebühren nach Einkommen (S. 18); Lernmittel ab der 1. Klasse und Schülerbeförderung bis zum Ende der Schulzeit kostenfrei (S. 20)</p> <p>mehr qualifiziertes Personal für eine bessere Bildung in jedem Alter (S. 25)</p> <p>ganztägige Gemeinschaftsschulen, zehn- bis dreizehnjähriges gemeinsames Lernen (S. 19) Inklusion ermöglichen (S. 20)</p> <p>Berufliche Ausbildung für alle, Landesprogramm „Ausbildungsplatzgarantie“, verbesserte verbindliche ganzjährig gültiges „SchülerInnenticket“ (S. 50)</p> <p>Berufsorientierung in allen Schulformen (S. 22)</p>

DGB	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen
<p>7. Die aktuellen Kürzungen bei Universitäten und Hochschulen sind zurückzunehmen. Wir brauchen langfristig sichere Budgets – auch durch den Ausgleich von Inflation und Tarifsteigerungen. Mittel für den Hochschulpakt müssen voll ausgeschöpft werden. Frei gewordene BAföG-Bundesmittel sollen in die Grundfinanzierung der Hochschulen einfließen.</p> <p>Die Öffnung der Hochschulen für Studierende ohne klassischen Hochschulzugang muss nachhaltig gefördert werden.</p> <p>Weiter bedarf es der Förderung des dualen und des berufsbegleitenden Studiums durch alle Beteiligten. Der Zugang von Kindern aus Nichtakademikerfamilien in Sachsen-Anhalt zur Hochschule muss gefördert und die Zugangszahlen gesteigert werden.</p>	<p>Festhalten an der überdurchschnittlichen Finanzierung von öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Landeshaushalt (S. 15)</p> <p>für eine sachgerechte und zukunftsfähige Finanzierung der Hochschullandschaft (S. 16)</p> <p>Einsatz für Mindeststandards bei Arbeitsverträgen im Bereich des wissenschaftlichen Mittelbaus (S. 14)</p> <p>[keine Aussage]</p>	<p>Rücknahme der finanziellen Kürzungen, Ausgleich der Teuerungen und der Tarifsteigerungen für die Beschäftigten durch das Land, Kompensation der Fehlbeträge aus den Strukturreformen der vergangenen Jahre (S. 29)</p> <p>entgegenzutreten, dass akademische Bildung oft Privileg von Besserverdienenden ist (S. 29)</p>	<p>verlässliche, auskömmliche Grundfinanzierung (S. 21)</p> <p>für gebührenfreien Zugang zum Studium (S. 21)</p> <p>für eine angemessene Kombination aus unbefristeten Strukturstellen und länger befristeten Qualifizierungsstellen (S. 22)</p> <p>weitere Öffnung der Hochschulen auch für Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Aufstiegsfortbildung, Ausbau berufsbegleitender Studiengänge (S. 24), Attraktivitätserhöhung des dualen Studiums (S. 23)</p>	<p>Hochschulen sind erheblich unterfinanziert, Sicherung einer angemessenen Grundfinanzierung und soliden Grundausstattung der Hochschulen; Ablehnung von Studiengebühren, auch von Langzeitstudiengebühren (S. 23)</p> <p>geeignete Begleitungsangebote auch für Menschen ohne Abitur zu einem erfolgreichen Hochschulstudium; Ausbau der Möglichkeiten zum Teilzeitstudium (S. 23)</p>

DGB	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen
<p>Die öffentlichen Dienste</p> <p>8. Der Öffentliche Dienst benötigt gute Arbeitsbedingungen und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die entsprechend ihrer Tätigkeit bezahlt werden und Respekt und Wertschätzung erfahren. Im Öffentlichen Dienst darf es keine prekäre Beschäftigung geben!</p> <p>Das Land als Arbeitgeber muss die Personalausstattung aufgabenbezogen und nachhaltig steigern.</p> <p>Die Beschäftigten brauchen mehr Mitbestimmung durch ein besseres Personalvertretungsgesetz sowie ein modernes Dienstrecht.</p> <p>Die Beamtinnen und Beamten brauchen wieder Urlaubs- und Weihnachtsgeld.</p>	<p>CDU sieht sich als Partei der inneren Sicherheit (S. 25)</p> <p>Konzentration auf Polizei und Justiz 2025: Sollstärke von 7.000 Polizisten (S. 26)</p> <p>Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, Warnschußarrest (S. 26)</p> <p>[keine Aussage]</p> <p>[keine Aussage]</p>	<p>gute Arbeit im öffentlichen Dienst: Ausbau attraktiver Arbeitsbedingungen, Stopp des politisch motiviertes Personalabbaus, Aufstockung der Ausbildungskapazitäten, Neueinstellungen bedarfsorientiert und flexibel (S. 8)</p> <p>neues, modernes Personalvertretungsgesetz mit mehr Mitbestimmungsrechten bei innerdienstlichen Angelegenheiten und Berücksichtigung aller Beschäftigungsgruppen (S. 8, 17)</p> <p>[keine Aussage]</p>	<p>Polizei: min. 6.000 Vollzugsbeamte (S. 32)</p> <p>keine Wahrnehmung von Daueraufgaben durch befristet Beschäftigte (S. 52)</p> <p>in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften Schaffung rechtlicher Grundlagen, um mehr Mitbestimmung in den Personalvertretungen zu ermöglichen (S. 52)</p> <p>[keine Aussage]</p>	<p>keine Personalpolitik nach Kassenlage; Personalpolitik, die den Aufgaben des Landes entspricht, aber auch ihrer Verantwortung gegenüber den Beschäftigten nachkommt, ihre Leistungen anerkennt und sie nicht als wegzukürzende Kostenfaktoren betrachtet. (S. 39, 72)</p> <p>Stärkung der Betriebsräte im öffentlichen Bereich, Novellierung des Personalvertretungsgesetzes (S. 53)</p> <p>[keine Aussage]</p>

DGB	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen
<p>Gesundheitspolitik 9. Wir fordern die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge.</p> <p>Das Land muss sich dafür einsetzen, dass eine ausreichende ambulante ärztliche Versorgung sichergestellt ist.</p> <p>Der Investitionsstau von ca. 800 Mio. Euro im Krankenhausbereich muss dringend aufgelöst werden. Weitere Privatisierungen kommunaler Krankenhäuser lehnen wir ab. Das Thema Pflege wird in einer alternden Gesellschaft immer wichtiger. Wir fordern einen landesweiten allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die Pflegebranche, damit es einen Wettbewerb um Qualität und nicht um (Lohn-) Kosten geben kann.</p> <p>Wir fordern die Landesregierung auf, Aktivitäten für einen guten Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Betrieben zu entwickeln, zu fördern und zu kontrollieren.</p>	<p>wohnortnahe ärztliche Versorgung (S. 41)</p> <p>Aufstockung der Landesmittel für Krankenhausinvestitionen (S. 41)</p> <p>bessere Bezahlung für qualifiziertes Pflegepersonal im ambulanten und stationären Bereich (S. 40)</p> <p>betriebliche Gesundheitsförderung weiterentwickeln und insbesondere in kleineren und mittleren Unternehmen verstärken (S. 40)</p>	<p>Medizinische Versorgung im ländlichen Raum: Landambulatorien mit regionalen Nebenstellen sowie Bereitschaftspraxen an den Krankenhäusern (S. 6) Einführung von Pflegestützpunkten (S. 7)</p> <p>Erhalt der Krankenhausstandorte im Land, Verbesserung ihrer finanziellen Ausstattung, keine weitere Privatisierung von Krankenhäusern (S. 6)</p> <p>stärkeres betriebliches Gesundheitsmanagement (S. 19)</p>	<p>auf Bundesebene für Bürgerversicherung (S. 26) Krankenversicherungsbeiträge sollen wieder gleichermaßen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden (S. 26)</p> <p>Sicherstellung der ambulanten Versorgung auch in strukturschwachen Regionen (S. 26)</p> <p>Ablehnung einer Privatisierung oder Teilprivatisierung der Unikliniken sowie der Salus gGmbH (S. 26)</p> <p>Einsatz für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag Altenpflege für Auszubildende und examinierten Pflegekräfte (S. 28)</p> <p>allgemein Ausbau der Gesundheitsförderung und Prävention (S. 26f.), aber kein Bezug zu betrieblichem Gesundheitsschutz</p>	<p>Ausbau wohnortnaher, ambulanter und aufsuchender Pflege- und Versorgungsstrukturen (S. 57) Ärztliche Versorgung auf dem Land sichern (S. 54) Projekte, um junge Ärzte im Land zu halten Übernahme übertragungsfähiger ärztlicher Aufgaben durch Pflegekräfte und Praxisassistenten (S. 54)</p> <p>Erarbeitung einer Landespflegekonzeption (S. 52)</p> <p>Gesundheitsprävention: Bezug zu Umweltpolitik, Land soll mit Präventionsangeboten beispielgebend sein (S. 56) kein Bezug zu Betrieben</p>

DGB	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen
<p>Energiepolitik 10. Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz gehören zur nachhaltigen Energiepolitik. Bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien muss Sachsen-Anhalt Vorreiter bleiben. Zudem brauchen wir die Nutzung der heimischen Braunkohle. Diese ist notwendig für eine verlässliche und bezahlbare Versorgung im Energiemix. Darüber hinaus erhalten wir tausende von qualifizierten und guten Arbeitsplätzen in Sachsen-Anhalt. Das Land muss Innovationen, insbesondere zur Wirtschaftlichkeit und Speicherung erneuerbarer Energien sowie zur Kohlechemie und zur stofflichen Nutzung der Braunkohle, unterstützen. Wesentlich für die Versorgungssicherheit auch der ländlichen Räume und des Vollzugs der Energiewende sind starke kommunale und regionale Energieversorger.</p>	<p>schrittweiser Ersatz der konventionellen Energieträger durch erneuerbare Energiequellen, mittelfristige Nutzung der Braunkohle als Grundlastträger (S. 11)</p> <p>Energie als ein Forschungsschwerpunkt (S. 17)</p>	<p>für die soziale und ökologische Energiewende; Dezentralisierung der Energieversorgung - reale Bürgerbeteiligung an der Energiewende - Demokratisierung der Energiewirtschaft (S. 23) Verstromung von Braunkohle Auslaufmodell, Kapazitätserweiterung daher überflüssig, vollständiger Ausstieg aus der energetischen Nutzung von Braunkohle im Zeitraum von 2035 bis 2040 (S. 23) Unterstützung von Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Kohlechemie (S. 23) keine CO₂-Verpressung und kein Fracking (S. 23) setzt in der Energiewende auf Innovationen, Förderung einer höheren Energieeffizienz von Solar- und Windkraftanlagen sowie Entwicklung von Speichertechnologien (S. 23) vorrangig Ausbau der regionalen Verteilungsnetze, Energie soll vor allem regional erzeugt und verbraucht werden und zur regionalen Wertschöpfung beitragen. (S. 24) sozialer Aspekt der Energiewende besonders wichtig (S. 24)</p>	<p>Sachsen-Anhalt Land der Erneuerbaren Energien (S. 11)</p> <p>Nutzung der Braunkohle für die Stromerzeugung auch in den nächsten Jahren, Perspektive liegt aber in der stofflichen Nutzung (S. 13)</p> <p>Stärkung der Stadtwerke als regionale Energieversorger, keine Privatisierung (S. 13)</p>	<p>Forderung: Vorreiter bei der Klimaschutzpolitik, deutliche Verstärkung der Anstrengungen auf Landes- und kommunaler Ebene, neue Energiepolitik und ambitionierte Energiesparmaßnahmen (S. 6) 100 Prozent Erneuerbare Energien (S. 9) mittelfristiger Ausstieg aus der Braunkohleverstromung (bis 2030) (S. 11f.)</p> <p>keine Heranziehung der Braunkohle für die Chemiegrundstoffproduktion (S. 12) Forschungs- und Entwicklungsbedarf bei Strom- und Wärmespeichern, Wärmerückgewinnung, schnelle Umsetzung in Pilotprojekten (S. 11) Netzausbau vor allem für den Transport von regenerativer Energie (S. 11) keine CO₂-Verpressung und kein Fracking (S. 13)</p>

DGB	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen
<p>Schienen- und Personennahverkehr</p> <p>11. Ein bedarfsgerechter Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist zu gewährleisten. Bei ergänzendem Verkehr (z.B. Anrufbus) dürfen nur Unternehmen beauftragt werden, die einen Tarifvertrag anwenden.</p> <p>Das Land muss integrierte Mobilitätskonzepte fördern. Wir lehnen die Benachteiligung der neuen Bundesländer bei der Neuverteilung der Regionalisierungsmittel ab, das Land muss sich für einen Ausgleich durch den Bund einsetzen. Neben den zurückgehenden Regionalisierungsmitteln sind zusätzlich Landesmittel einzuplanen. Dies betrifft auch den Ausbildungsverkehr.</p> <p>Das Schienennetz ist mindestens zu erhalten, weitere Streckenstilllegungen dürfen nicht erfolgen. Ebenso muss mehr in die Eisenbahninfrastruktur investiert werden. Im Sinne der Reduzierung von CO₂ – Emissionen muss der Eisenbahn ein hoher Stellenwert eingeräumt werden.</p>	<p>bedarfsgerechter ÖPNV, flexible Bedienformen, innovative Mobilitätsansätze (S. 55)</p> <p>wirtschaftliche Weiterentwicklung des bestehenden Schienennetz für den Personennah- und Fernverkehr sowie für den Güterverkehr (S. 35)</p>	<p>Aufwertung des ÖPNV, bedarfsgerechte Anschlüsse, Attraktivitätssteigerung, kostengünstige und ganzjährig geltenden Schüler-, Azubi-, Studenten- und Sozialtickets (S. 25)</p> <p>mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene, Stärkung des Personenverkehrs auf der Schiene, aktive Sicherung der Bahninfrastruktur (S. 25)</p>	<p>bezahlbare Mobilität, flächendeckender ÖPNV (S. 43f.)</p> <p>für Betriebsübergang bei Verkehrsdienstleistungsvergaben (S. 44)</p> <p>Verlagerung von Transporten von der Straße auf die Schiene und die Wasserstraßen (S. 43)</p> <p>für gute Anbindung im Fernverkehrsangebot auf der Schiene (S. 44)</p>	<p>Steigerung der Attraktivität des ÖPNV, keine Reduzierung des Bus- und Bahnangebots im Landesnetz (S. 41)</p> <p>Für den Fall eines Betreiberwechsels von Bahnstrecken ist sicherzustellen, dass die bisherigen Standards bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen auch für den neuen Betreiber weiter gelten. (S. 42)</p> <p>Güterverkehr gehört auf die Schiene (S. 44)</p>

DGB	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen
<p>Handlungsfähiger Staat und gesellschaftlicher Zusammenhalt 12. Steuerpolitik muss öffentliche Einnahmen stärken und Wohlstand umverteilen: Wir brauchen eine höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen, hohen Einkommen, großen Vermögen und Erbschaften sowie eine Finanztransaktionsteuer. Die Landespolitik muss wirksam dafür eintreten, die Einnahmeseite des Landeshaushalts zu stärken und den Einspardruck nach innen abzubauen.</p> <p>Wir lehnen die Schuldenbremse ab.</p> <p>Für die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Dienstleistungen muss per Landesverfassung ein Privatisierungsverbot gelten.</p> <p>Städte und Gemeinden müssen dauerhaft und aufgabengerecht finanziert werden. Sie brauchen mehr Gestaltungsmöglichkeiten, insbesondere für notwendige Investitionen.</p>	<p>für ein vereinfachtes Steuerrecht, Ablehnung von Substanzbesteuerungen (S. 10)</p> <p>Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung (S. 49)</p> <p>individuelle Wege bei der Organisation der Daseinsvorsorge wie etwa Wasserver- und Abwasserentsorgung (S. 55)</p> <p>Gewährleistung einer auskömmlichen Finanzierung der Kommunen (S. 49) aufgabenorientierter Finanzausgleich (S. 50)</p>	<p>gerechte Erhöhung der Einnahmen der öffentlichen Hand, also eine gerechtere Steuerpolitik, ohne Niedriglohnpolitik und Sozialabbau (S. 5) für ein neues System der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen und eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung (S. 5)</p> <p>Ablehnung einer Finanzpolitik, die Schuldentilgung als vorrangiges Ziel beschreibt und dabei dringend notwendige Landesaufgaben nicht erfüllt (S. 41) Schuldenabbau mit Spielräumen für Neueinstellungen in den Schulen, bei der Polizei und im Landesdienst sowie wichtigen Investitionen (S. 4) Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand (S. 23) finanziell handlungsfähige Kommunen (S. 4)</p>	<p>Einführung einer europäischen Finanztransaktionsteuer auf Spekulationsgeschäfte und die Bekämpfung des Steuerbetrugs sowie die Stärkung der Steuerverwaltung als Einnahmeverwaltung (S. 51) für eine Überprüfung der Besteuerung des Einkommens hinsichtlich der gerechten Verteilung der Belastungen (S. 51)</p> <p>Schuldenbremse wird nicht infrage gestellt (S. 49)</p> <p>gegen Privatisierung von Stadtwerken, Unikliniken und Justizaufgaben (S. 13, 26, 34)</p> <p>Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs (S. 51) für eine Stärkung der Gewerbesteuer und damit einhergehender Verbesserung der kommunalen Steuerkraft (S. 52)</p>	<p>Einsatz auf Bundesebene für eine andere, nachhaltige und ökologische Steuerpolitik (S. 40) Land muss seine Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung konsequent nutzen., Stärkung der Finanzverwaltung (S. 39) Begrenzung von Steuervermeidungs- und Steuergestaltungsstrategien (S. 40)</p> <p>Schuldenpolitik mit Augenmaß, keine neuen Schulden (S. 39)</p> <p>Daseinsvorsorge generell bei der öffentlichen Hand, Ablehnung von Privatisierungen (S. 8)</p> <p>Kommunen brauchen Gestaltungsspielräume (S. 38) nachhaltige Finanzpolitik, keine Sanierung des Landeshaushalts auf Kosten der Kommunen (S. 38f.)</p>

DGB	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen
<p>Gleichstellung 13. Männer und Frauen wollen eine gerechte Arbeitswelt und eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Wir fordern die Gleichstellung im Beruf, bei Einstellung und Beförderung, in Führungspositionen sowie bei der Bezahlung</p>	<p>Verwirklichung einer tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau (S. 45, 47) verbindliche Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst, modernes Gleichstellungsgesetz (S. 47)</p>	<p>Ziel: Geschlechtergerechtigkeit (S. 33) angemessene Repräsentanz von Frauen in Entscheidungsgremien, Quotierung in allen Führungsebenen und Aufsichtsräten (S. 33)</p>	<p>Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe, Gendermainstreaming ist der grundlegende Ansatz (S. 37) Abschaffung der strukturellen Diskriminierung der Frauen (S. 37)</p>	<p>Schaffung guter Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (S. 47) sowie Vereinbarkeit von Erwerbs-, Familien-, und ehrenamtlicher Arbeit (S. 53) gleiche Entlohnung gleichwertiger Arbeit sowie Qualifizierungs- und berufliche Wiedereinstiegsprogramme für Frauen und Männer, die nach einer Phase der Familienarbeit wieder den Beruf aufnehmen wollen (S. 47) Verstärkung der Förderung von Frauen in der Wissenschaft (S. 48) paritätische Gestaltung des Politikbetriebes (S. 49)</p>

DGB	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen
<p>Demokratie und Mitbestimmung 14. Wir fordern die Wiedereinführung der gesetzlichen Möglichkeit zur Bildungsfreistellung für politische Bildung und die ausreichende finanzielle Ausstattung der in diesem Bereich tätigen Vereine und Verbände. Zur Beförderung einer demokratischen Grund- und Werterhaltung braucht es kontinuierliche Bildungsarbeit.</p>	[keine Aussage]	<p>Änderung Bildungsfreistellungsgesetz, auch für gewerkschaftliche, gesellschaftliche und politische Bildung (S. 31) dauerhaften Förderung der Demokratie- und Beratungsarbeit (S. 39) Bildungsfreistellung in begrenztem Rahmen auch für Schüler (S. 28)</p>	<p>Bildungsfreistellungsgesetz soll künftig auch für den Bereich der politischen Bildung gelten (S. 20) demokratische Jugendverbände als wichtige Partner sollen mehr unterstützt werden (S. 20)</p>	<p>[keine Aussage]</p> <p>Ausweitung der Möglichkeiten der LzpB, neue Schwerpunkte dort, Unterstützung lokaler Bürgerbündnisse und Initiativen gegen Rechts, Fortführung erfolgreicher Förderprogramme für Demokratie und Toleranz in geteilter Verantwortung von Bund und Land (S. 70)</p>

DGB	CDU	Die Linke	SPD	Die Grünen
<p>15. Mitbestimmung und Demokratie müssen gestärkt werden.</p> <p>Eltern- und Schülervertretungen, Betriebs- und Personalräte sowie Jugendauszubildendenvertretungen sind entsprechend zu fördern und einzubinden. Hierzu muss auch das Betriebsverfassungsgesetz modernisiert werden.</p> <p>Ehrenamtliches Engagement in Gremien und Ausschüssen braucht gesellschaftspolitisch und arbeitsrechtlich mehr Anerkennung, so auch durch bezahlte Freistellungen.</p>	<p>Mitbestimmung: ein Prinzip für „gute Arbeit“ und gerechte Entlohnung (S. 12)</p> <p>[keine Aussage]</p> <p>Unterstützung und Stärkung des ehrenamtlichen (bürgerlichen) Engagements auf verschiedenen Gebieten (S. 24, 27, 28, 55).</p>	<p>Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung (S. 16f., S. 19)</p> <p>Erweiterung demokratischer Mitbestimmung (S. 34)</p> <p>Möglichkeiten der Freistellung in den Unternehmen, an den Hochschulen oder in Schulen für ehrenamtliche Arbeit</p> <p>Einsatz auf Bundesebene, daß Aufwandsentschädigungen für geleistete Ehrenamtsarbeit voll umfänglich anrechnungsfrei sein sollen (S. 12)</p>	<p>organisierte Mitbestimmung wesentliche Voraussetzung für gute Arbeitsbedingungen, für engagierte Beschäftigte und für positive Betriebsergebnisse (S. 5)</p> <p>Fokus auf Unternehmen mit gewählten Betriebsräten und starker gewerkschaftlicher Vertretung (S. 5)</p> <p>Verbesserung von Freistellungsquoten im Zuge der Weiterentwicklung des Personalvertretungsgesetz (S. 52)</p>	<p>ehrenamtliches Engagement stärken (S. 71)</p> <p>[keine Aussage]</p> <p>öffentliche und besondere Würdigung und Wertschätzung der freiwillig und ehrenamtlich Tätigen und deren persönlich erbrachter Leistungen, Förderung von Freiwilligenagenturen (S. 71)</p>

Redaktionelle Anmerkungen

In der Synopse sind die Wahlprogramme der im Landtag vertretenen Parteien betreffend der Forderungen des DGB ausgewertet.

Die Umfänge der Auszüge aus den Wahlprogrammen sind nicht wertend zu sehen.

Manches läßt sich in einer Wortgruppe fassen, vor allem bei Übereinstimmungen mit DGB-Forderung.

Lücken und Anmerkungen wie „[keine Aussage]“ deuten darauf hin, daß diese Punkte in den Wahlprogrammen der Parteien nicht auftreten. Die Parteien setzen andere Schwerpunkte.

Auffallend ist aber, daß viele Punkte der Wahlprogramme abgehandelt werden, ohne auf Interessen der Arbeitnehmer einzugehen.

Manche Wortbedeutungen sind nicht klar definiert und man muß davon ausgehen, dass unter Wörtern wie „ausreichend“, „bedarfsgerecht“, „aufgabengerecht“,

„aufgabenbezogen“, „bezahlbar“ und allen unbestimmten zeitlichen Angaben etwas grundsätzlich verschiedenes verstanden werden kann. Auch „modernisiert“ kann in verschiedene Richtungen werden.

Die Auszüge sind Zitate bzw. sinngemäße Zitate aus den Wahlprogrammen. Die angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf die auf den jeweiligen Parteiseiten im Internet als pdf-Datei veröffentlichten Wahlprogramme. Anmerkungen des Bearbeiters sind in eckige Klammern gesetzt.

Sollten Diskrepanzen zwischen geschriebenem Wort und mündlichen Aussagen einzelner Politiker bzw. bisheriger Politik bestehen, ist es nicht Aufgabe der Synopse, hierauf einzugehen.

G.Sk.